

Beschluß der Bürgerschaft

vom 1. November 1911.

1. Wahl einer Deputation wegen besserer Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln.

Die Bürgerschaft wählt die Herren Dr. Becker, Synd. Dr. Apelt, J. F. Sagemeyer, G. E. Sifers, A. Henke, C. A. Nicolaus, J. Depken.

2. Vorläufiger Zuschlag zu den Beamtengehälten.

Die Bürgerschaft stimmt den Vorschlägen des Senats in seiner Mitteilung vom 17. Oktober 1911 (Verhdlg. S. 1129) zu mit der Maßgabe, daß der Zuschlag von 5 % des Gehalts auf alle Schreiber ausgedehnt wird, die das 18. Lebensjahr vollendet haben oder vor dem 1. April 1912 vollenden werden und daß der Vorschlag 3) folgende Fassung erhält:

„Die vorläufigen Gehaltszuschläge werden auf die endgültigen Gehaltserhöhungen, soweit diese für die Vergangenheit etwa nachgezahlt werden, angerechnet.“

3. Umbau des Kohlenschuppens II des Elektrizitätswerkes an der Schlachthofstraße zu einem Werkstattgebäude.

Die Bürgerschaft genehmigt das vorgelegte Projekt, indem sie sich damit einverstanden erklärt, daß mit dessen Ausführung die Baudeputation, Abteilung Hochbau, beauftragt wird. Sie bewilligt die Baukosten, wie sie sich durch die Ausschreibung ergeben, bis zum Gesamtbetrage von 32 200 M, einschließlich der Beleuchtungsanlage, für die 1200 M vorgesehen sind, auf das Budget der Außerordentlichen Verwendungen, Erweiterung des Elektrizitätswerkes.

4. Ankauf von Außendeichsland am Stadtwerder.

Die Bürgerschaft genehmigt den mit dem Revisionsaufseher C. H. Schröder geschlossenen Vertrag (Verhdlg. S. 1119) und bewilligt den Kaufpreis mit M 2000 sowie für Kosten und Abgaben „ 100

zusammen M 2100
auf das Budget für Außerordentliche Verwendungen, Fonds Ankauf von Grundstücken.

5. Verkauf einer Grundfläche am Ostertorssteinweg.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Vertrag mit dem Uhrmacher C. Grüttert (Verhdlg. S. 1120).

6. Antrag auf Bewilligung von Diäten für die Bürgerschaftsmitglieder.

Die Bürgerschaft beschließt, nach zwei Beratungen in verschiedenen Sitzungen gemäß § 67 der Verfassung folgenden Antrag zur weiteren Verhandlung zu verweisen:

„Die Bürgerschaft beschließt für ihre Mitglieder die Bewilligung von Diäten und ersucht den Senat, diesem Beschlusse beizutreten.“
Sie ersucht den Senat, diesem Beschlusse zuzustimmen.

7. Bepflanzung der Hartwigstraße von Benqueststraße bis Otto-Gildemeisterstraße und der Bismarckstraße von Nr. 141 bis St. Jürgenstraße.

Die Bürgerschaft bewilligt für die Bepflanzung der Hartwigstraße von der Benqueststraße bis zur Otto Gildemeisterstraße 550 M, die aus dem Neubaufonds

für den Ausbau der Hartwigstraße von der Bulthauptstraße bis zur Otto Gildemeisterstraße zu entnehmen sind, sowie für die Baumpflanzung im südlichen Fußweg der Bismarckstraße von Nr. 141 bis zur St. Jürgenstraße 300 M, die den für den Fußweg der Bismarckstraße von der Graf Moltkestraße bis zur St. Jürgenstraße bewilligten Mitteln zu entnehmen sind.

8. Änderung der Freibankordnung.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorliegenden Gesetzentwurf (Verhdlgn. S. 1129) mit der Maßgabe, daß hinter den Worten „Der Senat verordnet im Einverständnis mit der Bürgerschaft:“ eingefügt wird „Art. 1.“ und ferner vor den Worten „Beschlossen Bremen“ usw. eingefügt wird

„Art. 2.

Dieses Gesetz hat Gültigkeit bis zum 1. Juli 1912.“

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation wegen besserer Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln mit einer Prüfung der Vorlage, betreffend Änderung der Freibankordnung, zu beauftragen.

9. Regulierung vor den Grundstücken des Gemeinnützigen Bremer Bauvereins an der Nordstraße.

Die Bürgerschaft genehmigt den vorgelegten Vertrag mit dem Gemeinnützigen Bremer Bauverein (Verhdlgn. S. 1132) und bewilligt

die vorgesehene Entschädigungssumme mit	M	9 900
sowie für Kosten und Abgaben	„	250

insgesamt demnach M 10 150

auf das Budget des Ordentlichen Haushalts, Fonds Stadterweiterung, nach.

10. Erneuerung und Verlängerung des Asphaltbelages in der Straße Doventorsdeich.

Die Bürgerschaft bewilligt die Kosten für Erneuerung und Verlängerung des Asphaltbelages in der Straße Doventorsdeich von etwa Mitte des Grundstücks Nr. 19 bis Mitte des Grundstücks Nr. 33 mit 8400 M, auf das Budget Nr. 94, Tiefbau, Neu- und Umlegungen bestehender Straßen für 1911, nach.

11. Provisorische Befestigung der Marktstraße vor dem Neubau der Handelskammer.

Die Bürgerschaft bewilligt 5000 M für die provisorische Pflasterung der Marktstraße vor dem Neubau der Handelskammer auf das diesjährige Budget, Neu- und Umlegungen bestehender Straßen, nach.

12. Wasserleitungen in den Zollrevisionsstellen am Hafen I.

Die Bürgerschaft beschließt, den bei Nr. 43 der Anlage zum Spezialbudget Nr. 77 von 1911 gemachten Vorbehalt fallen zu lassen.

13. Nachbewilligung für die Internationale Hygiene-Ausstellung.

Die Bürgerschaft bewilligt für die Internationale Hygiene-Ausstellung 1368,50 M auf das diesjährige Budget nach.

14. Enteignung eines Teils des Grundstücks Horner Chaussee, Kat.-Bez. Feldmark Horn und Lehe Nr. 849 A.

Die Bürgerschaft beschließt, ihren, die Enteignung eines Teiles des Grundstücks Horner Chaussee, Kat.-Bez. Feldmark Horn und Lehe Nr. 849 A, aussprechenden Beschluß (Verhdlgn. 1910 S. 609), aufzuheben.

15. Bauliche Veränderungen im Hause Buntentorssteinweg Nr. 2.

Die Bürgerschaft genehmigt die Ausführung der in dem vorgelegten Kostenschlag (Verhdlg. S. 1140) verzeichneten Arbeiten und bewilligt zu diesem Zwecke 5300 M auf das Budget der Baudeputation, Abteilung Hochbau, für 1912.

16. Bedürfnisanstalt an der Woltmershauserstraße.

Die Bürgerschaft beschließt die Errichtung eines massiven Pissoirs an der Woltmershauserstraße (Ecke Kamphoferdamm) und bewilligt die erforderlichen Kosten mit 2300 M auf das Budget der Baudeputation, Abteilung Hochbau, für 1912, Titel 21.

17. Realschule in der westlichen Vorstadt.

Die Bürgerschaft genehmigt das vorgelegte Projekt (Verhdlg. S. 1142 ff.) mit der Maßgabe, daß im ganzen Gebäude größere Fensterscheiben, als die Zeichnung angibt, angebracht werden, daß das Schulgebäude mit Schiefer gedeckt und daß die Uhr im mittleren Turm eingebaut wird. Sie ist damit einverstanden, daß die Baudeputation, Abteilung Hochbau, mit der Ausarbeitung des speziellen Projekts beauftragt und der bei Einstellung der ersten Baurate von 250 000 M in das Budget des Jahres 1911 gemachte Vorbehalt aufgehoben wird.

18. Antrag, betreffend den Zehnspfennigtarif der Straßenbahn.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat, die Deputation wegen der Straßenbahn zu beauftragen, darüber zu beraten und baldmöglichst zu berichten, auf welche Weise es sich ermöglichen läßt, den Beschluß der Bürgerschaft vom 12. April d. J., betreffend Durchbrechung des Zehnspfennigtarifes, wieder rückgängig zu machen.